

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezueher  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Masse's Zeilenmesser 14)  
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75  
und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inq. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 114

Mittwoch, den 19. Mai 1926

78. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des  
Gutsbesizers August Gärtner in Lichtenberg Nr. 14 und des Wirtschaftsbesizers  
Willy Saubold in Hückendorf Nr. 49.

Die dafür geltenden Bestimmungen treten außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 18. Mai 1926.

haben im  
**Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

## Das Wichtigste

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, wie die  
Selbsten erklärt, zur Flaggenfrage einen Antrag einzubringen,  
dessen Ziel dahin gerichtet ist, daß die deutschen Missionen im  
Auslande nur die schwarzrotgoldene Flagge zu hissen haben.  
Die Formulierung des Antrages ist aber noch nicht festgelegt  
und wird auch heute nicht festgelegt werden, da eine Fraktions-  
sicherung nicht mehr stattfindet.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages fand eine Debatte über  
die Marinemeuterei statt.

In Roehlich bei Dlegnig ist ein Lastauto mit 36 Personen ver-  
unglückt.

Die Morgenblätter melden aus Aachen: Der an der holländisch-  
belgischen Grenze gelegene Mäuseberg ist gestern zusammenge-  
stürzt. In den Berg waren zur Champagnenacht Gänge gegraben  
worden. Es haben sich etwa 2,5 Millionen Kubikmeter Erde  
in Bewegung gesetzt. Dem Unglück sind mehrere Personen zum  
Opfer gefallen. Bisher wurden 5 Tote und 13 Verletzte festgestellt.

In Polen ist eine Gegenregierung gegen Pilsudski ausgerufen worden.  
Eine Anzahl regierungstreuer Offiziere mit General Saburski an  
der Spitze, die in Wilanow bei Warschau verhaftet worden  
sind, wurden ins Gefängnis geführt. Die Offiziere werden sich  
in den nächsten Tagen vor einem Kriegsgericht zu verantworten  
haben.

Wegen der Fortdauer der Kohlenkrise sehen sich die englischen  
Eisenbahnen mit Rücksicht auf ihre geringen Kohlenbestände ge-  
nötigt, eine Betriebseinschränkung vorzunehmen. In einzelnen  
Fällen fallen nicht weniger als die Hälfte der Züge aus.

Senator Borah hielt vor dem amerikanischen Senat eine scharfe  
Rede gegen das Zurückhalten deutschen Eigentums in Amerika.  
Wie der „Lokalanzeiger“ aus Paris berichtet, ist es nach den  
letzten Meldungen aus Beirut in Damaskus zu neuen Straßen-  
kämpfen gekommen. In vielen Teilen der Stadt wütheten  
Feuersbrünste, die nicht eingedämmt werden können, da bei dem  
Versuche, die Aufständischen zu vertreiben, die Wasser- und Gas-  
versorgung abgeschnitten wurde. Von dem Minarett lassen sich deutlich  
20 verschiedene Brandherde feststellen. Dem Feuer sind bereits  
über 500 Häuser zum Opfer gefallen.

## Vorbereitende Abrüstungskonferenz.

In Genf hat am 18. Mai die vorbereitende Kommission  
für die Abrüstungskonferenz ihre Beratungen aufgenommen.  
Wohlgemerkt, es handelt sich nur um eine vorbereitende Kon-  
ferenz, die eine Grundlage für eine allgemeine Abrüstungs-  
konferenz schaffen soll. Das bedeutet so viel, daß mit bin-  
denden Beschlüssen nicht zu rechnen ist. Zwanzig Staaten  
nehmen an den Kommissionsarbeiten teil. Von diesen zwanzig  
sind zehn Mitglieder des Völkerbundes. Deutschland  
wird, wie schon gemeldet, durch den früheren Botschafter  
Grafen Bernstorff und durch den Geheimrat von Bülow  
vom Auswärtigen Amt, dem Staatssekretär von Müllendorf  
und einer Reihe von Angehörigen des Reichswehrministeriums  
vertreten. Bemerkenswert und von größter Tragweite  
für die Arbeit der Kommission ist die Tatsache, daß sich  
Sowjetrußland an der Konferenz nicht beteiligt.

Der Gedanke der Abrüstung ist zugleich mit Beendigung  
des Krieges aufgetaucht. Nachdem alle kriegsführenden Staa-  
ten aus dem Weltkriege mehr oder weniger stark geschwächt  
hervorgegangen waren, trieb man mit dem idealen Gedanken,  
daß derartig schwere Kriege nur durch Herabsetzung und Ein-  
stellung der Rüstungen vermieden werden können, wohl-  
gefällige Propaganda. Als man Deutschland den Versailler  
Vertrag diktierte, in dem man sein Landheer auf eine Stärke  
von 100 000 Mann beschränkte, seine Seemacht auf 15 000  
einschließlich der Offiziere und ihm die schärfsten Bestimmun-  
gen über Ausrüstung, Heeresergänzung, Befestigungen und  
andere Organisationsfragen des Heeres auferlegte, leitete  
man diesen Teil des Vertrages, der die Artikel 159 bis 180  
umfaßt, mit einer allgemeinen Bestimmung ein, die kaum  
mehr als eine große Geste war, um nicht nur Deutschland,  
sondern vor allem auch jene Länder, die für verständlichen  
Ausgleich von Gegensätzen in der Welt eintraten, zu blenden.  
In dem Vorjah zu den genannten Artikeln heißt es: „Um  
die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller

## Die Durchführung des Volksentscheides

Graf Bernstorff auf der Abrüstungskonferenz — Brasilien lenkt ein — Eine gemeinsame  
Erklärung der Regierungsparteien in der Flaggenfrage

### Die Verordnung des Reichsinnen- ministers

† Berlin. Die Verordnung des Reichsministers des  
Innern zur Durchführung des Volksentscheides ist heraus-  
gekommen.

Im § 1 der Verordnung wird nochmals festgesetzt,  
daß Gegenstand des Volksentscheides die Frage sei, ob der  
im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte  
Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürsten-  
vermögen Gesetz werden soll.

§ 2 setzt als Abstimmungstag Sonntag, den 20. Juni  
1926, fest.

§ 3 bringt die Bestimmung über den Stimmzettel.

Der Reichsminister des Innern hat darüber mit allen  
Parteien des Reichstages, die Fraktionsstärke haben, ver-  
handelt, und man ist dort zu folgendem Ergebnis ge-  
kommen. Der Stimmzettel enthält oben folgenden Text:

„Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Ge-  
setzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?“  
Darunter befinden sich zwei Kreise, in deren einem Ja mit  
darunter befindlichem Kreise, in deren anderem Nein mit  
darunter befindlichem Kreise steht. Die Stimmabgabe erfolgt  
in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Ab-  
stimmung gestellte Frage bejahen will, das mit Ja, der  
Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit Nein be-  
zeichnete Bindekreuz innerhalb des Kreises durchkreuzt.

Ob die Parteien, die Gegner des Volksentscheides sind,  
von der Stimmabgabe überhaupt Gebrauch machen werden,  
steht noch nicht fest. Für den Fall, daß die Gegner des Volks-  
entscheides zur Stimmabgabe aufgefordert werden sollten,  
müssen sie das Bindekreuz innerhalb des Kreises durch-  
kreuzen. Die Stimmlisten und Stimmkarten sollen vom  
6. Juni bis 18. Juni ausgelegt werden. Die Gemeinde-  
behörden können die Auslegung aber schon früher beginnen  
lassen.

### Eine Rede des Grafen Bernstorff auf der Abrüstungskonferenz.

Genf, 18. Mai. In der Nachmittagsitzung der Abrüstungs-  
konferenz gab der deutsche Delegierte Graf Bernstorff folgende Erklärung ab:

Die Regierung und die öffentliche Meinung der deutschen Re-  
publik haben mit Interesse und Sympathie alle Versuche des Völkerbundes  
zur Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Wenn  
diese Versuche bis jetzt noch kein Ergebnis gehabt haben, so hoffen wir  
daß diese Konferenz eine neue Aera einleitet, in der keine Kriege mehr  
stattfinden, sondern lediglich ein friedlicher Wettkampf der Völker auf  
kulturellem Gebiet. Das rege Interesse, das man in Deutschland der  
Abrüstungsfrage entgegenbringt, hat politischen, wirtschaftlichen und  
militärischen Charakter. Aus sittlichen Gründen muß für die Zukunft  
die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso erfor-  
dert dies die Politik, weil die Geschichte uns lehrt, daß übermäßige  
Rüstungen immer zu Kriegen führen. Aus Gründen der wirtschaft-  
lichen Lage wird niemand bezweifeln, daß unser Grund den letzten Krieg  
verarmtes Volk keine schweren Rüstungen mehr tragen kann. In der  
Präambel zu Teil 5 des Versailler Vertrages geht dem die Abrüstung  
betreffenden Artikel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur  
Erreichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird und bekannt-  
lich haben am 18. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der  
alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus dem in durchaus  
klarer Weise hervorgeht, daß die Abrüstung Deutschlands ein Beispiel  
zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung sein soll, wie dies auch  
ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgegeben ist. Auf Grund  
der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen ab-  
gerollt und seine Streitkräfte reichen zur Garantierung einer nationalen  
Sicherheit im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundes nicht mehr  
aus, eine Bestimmung, die andererseits alle Mitglieder des Völkerbun-

des zur Abrüstung verpflichtet. Unser Ziel wird erreicht werden können  
bei guten Willen aller Regierungen, die Formeln zu finden haben  
werden, welche die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen ernd-  
lichen sollen. Dieses Ziel wird nach unserer Ansicht um so leichter  
zu erreichen sein, je mehr die Vertreter die Zahl der zu behandelnden  
Fragen begrenzen. Der uns vorgelegte Fragebogen behandelt viele und  
interessante Fragen, die aber nicht alle für die Lösung des Problems  
unbedingt erforderlich sind. In allen Erörterungen des Völkerbundes spielten  
Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung eine große und bedeutsame  
Rolle. Die Fragen Sicherheit und Schiedsgericht sind wesentlich geför-  
dert worden. Es ist jetzt der Zeitpunkt zur Erreichung einer all-gemeinen  
Abrüstung gekommen. Die Initiative der deutschen Regierung, die  
zum Locarnoabkommen geführt hat, kennzeichnet unsere Außenpolitik.  
Diese ist, wie ich hier erneut feststelle, völlig vom Geiste des Vertrages  
von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die  
Lösung der Abrüstungsfrage herangehen, der wichtigsten Frage, die der  
Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der  
Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. Solange gefährdete  
Völker anderen gegenüber stehen, deren Rüstungen nicht einmal zur  
eigenen Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbunds-  
sanktionen erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine  
Verpflichtungen zur Abrüstung vollständig erfüllt hat, darf mit gutem  
Rechte erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege fol-  
gen werden, woraus sich für Europa, ja für die ganze Welt ein  
Fortschritt dauernder Befriedigung und gegenseitigen Vertrauens er-  
geben wird.

### Brasilien lenkt ein

Berlin, 19. Mai. Wie die Morgenblätter aus Genf mel-  
den, haben nach Abschluß der Beratungen des Prüfungsausschusses  
für die Zusammenfassung des Völkerbundesrates noch politische Be-  
sprachungen zwischen dem Botschafter von Hösch und dem brasili-  
anischen Vertreter Montarroyos stattgefunden. Montarroyos hat  
kurz vor der Abreise des deutschen Botschafters diesen ausge-  
sucht und ihn über die brasilianische Haltung in der Ratsfrage im Auf-  
trage seiner Regierung Mitteilungen gemacht, die den durch die  
günstigen Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits hervor-  
gerufenen günstigen Eindruck von den Absichten Brasiliens hinsicht-  
lich seiner zukünftigen Haltung zur Frage des Eintritts Deutschlands  
in den Völkerbundrat noch wesentlich zu bekräftigen geeignet sind.  
Bei der Abfahrt des Botschafters aus Genf war der brasilianische  
Gesandte auf dem Bahnhof anwesend, um sich von Herrn v. Hösch  
zu verabschieden.

### Eine gemeinsame Erklärung der Regie- rungsparteien zur Flaggenfrage

Berlin, 19. Mai. Zu der heutigen Regierungserklärung  
schreibt die „Germania“, daß bei den Besprechungen der Regierungs-  
parteien über die Regierungserklärung die Frage Gegenstand längerer  
Verhandlungen gewesen sei, in welcher Form die Flaggen-  
angelegenheit behandelt werden solle. Trotz der Gegensätze zwischen  
der Volkspartei und den Demokraten sei es gelungen, sich auch  
in dieser Frage auf eine befriedigende Formulierung zu einigen.  
Es seien Bestrebungen im Gange, dem Standpunkt der Regierungsp-  
arteien durch eine gemeinschaftliche Erklärung zum Ausdruck zu  
bringen. Ob dieser Gedanke verwirklicht werden könne, hänge  
davon ab, ob zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demo-  
kraten ein Einverständnis erzielt werden kann. Das Zentrum  
widerstet sich einer solchen Absicht nicht. Die Frage, ob die Re-  
gierungsparteien ein Billigungsvotum einbringen oder nicht, dürfte  
erst im Laufe des heutigen Morgens entschieden werden.

### Die Schuld am Zusammenbruch des Krieges.

Die Matrosenmeuterei vor dem Unter-  
suchungsausschuß.

† Berlin. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages,  
der die Aufgabe hat, über Schuld oder Unschuld beim Zusam-  
menbruch des Krieges zu urteilen, hatte sich zu einer Sitzung  
versammelt, in der das Gegenreferat gegen die Broschüre des  
sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann erstattet

